

# **Straßen und Entwässerung Lemgo**

## **Planung und Bau**

**BV: Ersatzneubau der Brücke Ziegeleiweg über den Linnebach**

### **Anlage 4:**

- Wasserrechtliche Genehmigung
- Befreiungsbescheid des Kreis Lippe



KREIS  
**LIPPE**

Heimat geben. Zukunft bieten.

Kreis Lippe, Der Landrat, 32754 Detmold

**Alte Hansestadt Lemgo  
Der Bürgermeister**

z. Hd. Herrn Rath  
Heustr. 36-38

32657 Lemgo

**Kreis Lippe - Der Landrat**  
**701 FG Wasser, Abfallwirtschaft  
und Bodenschutz**

W. Uhle

Felix-Fechenbach-Straße 5  
32756 Detmold

Ihr Zeichen, Ihr Schreiben

Antrag mit Eingangsdatum  
vom 09.02.2026

Mein Zeichen

4.3-663823-11/159

Datum

04.05.2026

**Neubau einer Brücke (Ersatzbau) über das Gewässer "Linnebach" im Bereich  
der Straße "Ziegeleiweg" in der Nähe des Objekt "Ziegeleiweg 1"  
(ehem. Kläranlage Hörstmar) in Lemgo, OT Hörstmar**

**Genehmigungsbescheid**

- Hinweise:
- Besondere Beachtung bedürfen die Nebenbestimmungen ab Seite 3 sowie die Hinweise auf Seite 8
  - **Besondere Beachtung bedürfen auch die Nebenbestimmungen des Ihnen bereits mit Datum vom 02.04.2026 zugewandten Befreiungsbescheids des Kreis Lippe, Abteilung 7, FG 670 hinsichtlich der Verbote des Landschaftsplanes Nr. 7 „Lemgo“, im Naturschutzgebiet 2.1-3 „Mittellauf der Bega-Wasserflächen einschließlich Fischteiche“**
  - Fundstellen der Gesetze und Verordnungen finden Sie auf der letzten Seite

Zimmer: 674  
Telefon: 05231 62-6741  
Fax: 05231 63011-8313

W.Uhle@kreis-lippe.de  
www.kreis-lippe.de

**I. Der Stadt Lemgo, Heustr. 36-38, 32657 Lemgo**

wird hiermit gem. § 22 Abs. 1 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) vom 08.07.2016 (GV. NRW.S. 559) in Verbindung mit § 36 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31.07.2009 (BGBI. I S. 2585), jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung, unbeschadet der Rechte Dritter die **Genehmigung** erteilt, über das **Gewässer "Linnebach" eine neue Brücke (Ersatzbau) im Bereich der Straße "Ziegeleiweg" in der Nähe des Objekt "Ziegeleiweg 1" (ehem. Kläranlage Hörstmar) in der Stadt Lemgo, OT Hörstmar** in der

**Gewässerstation: von Süden ca. 0,583 bis Norden ca. 0,589**

**Koordinaten Brücke (ETRS 89) von Süden:**

**Ost: 489975 Nord: 5763065**

**Koordinaten Brücke (ETRS 89) nach Norden:**

**Ost: 489973 Nord: 5763071**

Besuchen Sie uns mit dem ÖPNV:

Busverbindung Linie 702  
Ab Bahnhof Detmold bis Kreishaus  
alle 15 Minuten

Bus & Bahn Hotline:  
05261/6673950

Rufen Sie uns an:  
05231/62-0

Ihre Behördennummer:  
115

Sparkasse Paderborn-Detmold

BIC: WELADE33XXX  
IBAN: DE23 4765 0130 0000 0000 18

Sparkasse Lemgo

BIC: WELADED1LEM  
IBAN: DE20 4825 0110 0000 0010 73

VerbundVolksbank OWL eG

BIC: DGPBDE33MDTM  
IBAN: DE59 4726 0121 1066 8880 00



Gemarkung: Hörstmar Flur: 2 Flurstück: 86  
(Gewässer „Linnebach“ u. Brücke)  
Gemarkung: Hörstmar Flur: 2 Flurstück: 51  
(Gewässer „Laubker Bach“)  
Gemarkung: Hörstmar Flur: 2 Flurstück: 88 u. 89  
(Straße „Ziegeleiweg“)  
Gemarkung: Hörstmar Flur: 2 Flurstück: 79  
(Grünfläche)  
Gemarkung: Hörstmar Flur: 2 Flurstück: 80  
(Gewässer „Laubker Bach“ u. Grünfläche)  
Gemarkung: Hörstmar Flur: 2 Flurstück: 81  
(u. a. Grünfläche)  
Gemarkung: Hörstmar Flur: 2 Flurstück: 25  
(u. a. Wald- u. Grünfläche)  
Gemarkung: Hörstmar Flur: 2 Flurstück: 28  
(u. a. Wald- u. Ackerfläche)

Eigentümer Flst. 86 u. 51: Landesverband Lippe  
Eigentümer Flst. 79, 80, 88 u. 89: Stadt Lemgo  
Eigentümer Flst. 25, 28 u. 81: Ann-Kathrin Wortmann, Mühlenweg 12, 32657 Lemgo  
(lt. ALKIS)

zu errichten und das Gewässer „Linnebach“ sowie das Gewässer „Laubker Bach“  
entsprechend anzupassen.

Die genaue Lage der neuen Brücke können den Antragsunterlagen mit Eingangsdatum  
vom 09.02.2025 entnommen werden.

**II. Die Genehmigung wird erteilt nach Maßgabe der geprüften, und mit  
Prüfvermerk versehenen Unterlagen, nämlich**

- |     |   |                  |
|-----|---|------------------|
| 1.  | Antrag mit Eingangsdatum vom  | 09.02.2026       |
| 2.  | Beispiel für einen Maßnahmenplan und eines Sicherheitskonzept<br>zum Gewässerschutz |                  |
| 3.  | Befreiungsbescheid des Kreis Lippe, Abteilung 7, FG 670 vom                         | 02.04.2026       |
| 4.  | Erläuterungsbericht inkl. Berechnung der hydraulischen Bemessung                    |                  |
| 5.  | Übersichtskarte   | M. 1 : 5000      |
| 6.  | Flurkarte/Lageplan  | M. 1 : 1000      |
| 7.  | Luftbild  | M. 1 : 500       |
| 8.  | Querprofil (Skizze)   | o. M.            |
| 9.  | Baustelleneinrichtungsplan  | o. M.            |
| 10. | Ausführungsplanung (Draufsicht, Schnitte, Ansichten, Details)                       | versch. Maßstäbe |
| 11. | Querprofil  | M. 1 : 50        |
| 12. | Übersichtskarte Stadt Lemgo bzgl. Ausweichmöglichkeiten                             | M. 1 : 2000      |
| 13. | Nutzungsplan für Ausweichmöglichkeit 1 u. 2   | M. 1 : 1000      |
| 14. | Nutzungsplan für Ausweichmöglichkeit 3 u. 4   | M. 1 : 1000      |



### III. Nebenbestimmungen

Es werden nachstehende Nebenbestimmungen festgesetzt, um nachteilige Wirkungen des Unternehmens für andere zu verhüten und um Gefahren abzuwehren:

1. Grundsätzlich ist der Genehmigungsinhaber dazu verpflichtet, Betriebsstörungen und sonstige Vorkommnisse, die erwarten lassen, dass gefährliche und wasser-gefährdende Stoffe in das Oberflächengewässer, in das Grundwasser oder in die öffentliche Kanalisation gelangen, unverzüglich - notfalls per Fax oder fernmündlich - der unteren Wasserbehörde des Kreises Lippe anzuzeigen.  
Akute Schadensfälle oder bereits eingetretene Gewässer- und Bodenverunreinigungen sind unverzüglich dem Kreis Lippe - FG 701 über die Leitstelle Lippe (24 Std.), Tel.: 05261/66600, der Rufbereitschaft der Umweltalarmrichtlinie des Landes NRW oder akut über die 112 zu melden.

Dabei sind Art, Umfang, Ort und Zeit des Schadensereignisses möglichst genau anzugeben.

Der Gewässerschutz ist während stattfindender Arbeiten am Gewässer zwingend einzuhalten. Ein entsprechender Maßnahmenplan (Sicherheitskonzept mit entsprechenden Notfallplan und Sofortmaßnahmen bei Unfällen mit wasser-gefährdenden Stoffen) ist zu erstellen und auf der Baustelle vorzuhalten.

Durch einen verantwortlichen Bauleiter ist dem beteiligten Personenkreis vor Ort und vor Beginn der Bauarbeiten der Maßnahmenplan bekannt zu geben und zu dokumentieren.

Die Arbeiten auf der Baustelle sind bzgl. der Vorgaben aus dem Sicherheitskonzept durch den Betreiber oder eine von ihm beauftragte, verantwortliche Person zu überwachen.

Ein Beispiel für einen Maßnahmenplan/Sicherheitskonzept zum Gewässerschutz ist in den geprüften Unterlagen (>direkt hinter dem Antragsformular) beigelegt.

Dieser Maßnahmenplan und das Sicherheitskonzept zum Gewässerschutz sind dem Kreis Lippe, Herrn Uhle (Tel. 05231 / 62-6741, [w.uhle@kreis-lippe.de](mailto:w.uhle@kreis-lippe.de)) vor Beginn der geplanten Maßnahme per Mail vorzulegen.

Das auf der Baustelle eingesetzte Personal (auch Lohnunternehmen), ist anhand einer Baustellen-Betriebsanweisung im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu unterweisen. Die Unterweisung ist vor Aufnahme der Tätigkeit durchzuführen. Es wird angeraten, die Unterweisung zu dokumentieren und von jedem Mitarbeiter unterzeichnen zu lassen.

Die eingesetzten Baumaschinen bzw. Baufahrzeuge dürfen keine Defekte oder Leckagen vorweisen, die zum Eintrag von Öl/Hydrauliköl oder anderen wassergefährdenden Substanzen in das Gewässer und auf angrenzende, unbefestigten Flächen führen können.



Das Betanken, Reparieren und Abschmieren von Baumaschinen und Fahrzeugen ist auf ein Minimum zu beschränken und darf nur außerhalb von Baugruben auf entsprechend befestigten Flächen stattfinden.

Notwendige Reparatur- und Betankungsvorgänge dürfen nur über geeigneten Wannen erfolgen, die evtl. Tropfverluste auffangen können.

Fahrzeuge und Baumaschinen sind gegen Kraftstoff-, Schmierstoff- und Ölverluste zu sichern. Dies ist täglich zu kontrollieren und zu protokollieren.

In arbeitsfreien Zeiten (nachts, Wochenenden, Feiertage) sind Fahrzeuge und Baumaschinen auf befestigten Flächen abzustellen.

Defekte Baumaschinen, Fahrzeuge und Geräte sind umgehend auszutauschen. Die Durchführung von Reinigungs- und Reparaturarbeiten an Baumaschinen, Geräten und Fahrzeugen ist auf der Baustelle untersagt.

Evtl. austretende wassergefährdende Stoffe sind unverzüglich durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen. Zur Aufnahme dieser Stoffe/Flüssigkeiten ist ein geeignetes Bindemittel in ausreichender Menge vorzuhalten.

Verunreinigtes Bindemittel ist zu verwerten bzw. entsprechend den geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen zu beseitigen.

Die Lagerung wassergefährdender Rest- u. Abfallstoffe hat bis zur Übernahme durch einen zugelassenen Entsorger in geeigneten Lagereinrichtungen bzw. bauartzugelassenen Transportbehältern zu erfolgen.

Leergutbehälter sind stets verschlossen zu halten und so aufzustellen, dass von ihnen keine Schadensfälle durch Restflüssigkeiten ausgehen können.

Insbesondere bei der Lagerung von Baumaterialien wie Beton, Zement und ähnlichen alkalischen Substanzen sowie von Abfallstoffen ist darauf zu achten, dass diese weit genug vom Gewässer / von der Gewässerböschung aus angelegt werden und auch durch eine Verschlechterung der Wetterlage keine Substanzen ins Gewässer gelangen können.

Sowohl während der Bauphase, als auch im Schadensfall (Beschädigung des Gewässers bzw. der Gewässersohle und der Uferbereiche) dürfen keine festen oder flüssigen, wassergefährdende Bau- und Betriebsstoffe und Sedimente, wie Spülmedium, Erde, Schotter, Zement, Zementwässer, etc. in das Gewässer gelangen.

Gegebenenfalls sind in Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde weitergehende Maßnahmen (Errichtung von Absetzbecken o.ä.) zur Rückhaltung von Sedimenten durchzuführen.

Die vor Ort tätigen Arbeiter der bauausführenden Firma müssen ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass zementhaltiges Wasser wegen seiner Fischschädlichkeit nicht in das Gewässer gelangen darf.

So sollten z.B. auch Werkzeuge oder Kübel usw. nicht im Gewässer ausgewaschen werden.

2. Sämtliche Anlagen an den Gewässern, die mit der beantragten Maßnahme in irgendeiner Verbindung stehen, sind vom Antragsteller bzw. von seinen Rechtsnachfolgern zu errichten, zu unterhalten sowie in ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen und zu erhalten.
3. Die Arbeiten sind entsprechend den vorgelegten und geprüften Antragsunterlagen auszuführen. Hierbei sind die Prüfungsbemerkungen zu beachten.

Die Anschlüsse der Gewässerböschungen an die Kopfseiten der Brücke sind so herzustellen, dass ein Hinterspülen der Brücke ausgeschlossen ist.

4. Beginn und Beendigung der Maßnahme sind der Genehmigungsbehörde (Kreis Lippe, Untere Wasserbehörde, Herrn Benning (Tel. 05231 / 62-6710, [j.benning@kreis-lippe.de](mailto:j.benning@kreis-lippe.de)) und Herrn Uhle (Tel. 05231 / 62-6741, [w.uhle@kreis-lippe.de](mailto:w.uhle@kreis-lippe.de)) sowie der zuständigen Stadt Lemgo, Herrn Pung (Gewässerunterhaltung > Tel. 05261 / 213-118, [j.pung@lemgo.de](mailto:j.pung@lemgo.de)) frühzeitig, mindestens 14 Tage vor Baubeginn, anzuzeigen.

Nach Fertigstellung des Bauvorhaben ist mit der Genehmigungsbehörde (Kreis Lippe) ein Abnahmetermin zu vereinbaren.

**Besondere Auflagen der Unteren Fischerei Behörde:**

Der Artenschutz ist entsprechend zu beachten.

Mindestens 14 Tage vor Baubeginn ist der Pächter der Gewässerstrecke:

Lemgoer Fischereigemeinschaft e.V., Herr Wolfgang Reker, Postfach 623,  
32636 Lemgo

der Gewässerstrecke über diese Arbeiten zu benachrichtigen.

**Besondere Auflagen des Landesverband Lippe:**

Der Bau mit Eingriff in die Gewässersohle und die Ufer sollte möglichst nicht in der gesetzlichen Schonzeit der Bachforelle (20.10. bis 15.03.) durchgeführt werden.

Während der Bauzeit sollte zudem mit geeigneten Mittel versucht werden, den Austrag von Sedimenten in das unterliegende Gewässer nach Möglichkeit gering zu halten.

Bei Arbeiten mit Ortbeton ist darauf zu achten, dass keine Betonschlämme etc. in den Bach gelangen und Werkzeuge nicht im Bach ausgespült werden.

5. Vor Baubeginn muss rechtzeitig das entsprechende Planwerk hinsichtlich der vor Ort befindlichen Versorgungsleitungen von den ausführenden Fachfirmen bei den jeweiligen Versorgern abgerufen werden.



6. Der Genehmigungsinhaber ist verpflichtet, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Bereich der Straße "Ziegeleiweg" für die Dauer der Bauarbeiten zu gewährleisten.

Während der Bauzeit dürfen keine Baumaterialien, auch nicht vorübergehend, im Straßengebiet gelagert werden.

Werden die Straßen infolge der Bautätigkeit über das übliche Maß hinaus verunreinigt, ist die Verunreinigung ohne Aufforderung unverzüglich zu beseitigen.

7. Der während der Bauphase zu erwartende Sedimenteintrag ins Gewässer ist zwingend durch geeignete Vorrichtungen, wie z. B. Strohballen in Gitterboxen und Vliese, zu mindern und weitestgehend aufzufangen.  
Der Sedimenteintrag ist auf das geringst mögliche Maß zu reduzieren.

Auch beim Zurückbauen des Fangdammes sind die Strohballen oder Vliese so zu beseitigen, dass die aufgefangenen Substanzen nicht ins Gewässer zurück gelangen können.

8. Bei Starkregen bzw. drohenden Starkregenereignissen sind die Bauarbeiten einzustellen.

Im unmittelbaren Umfeld der Baustelle dürfen keine bei Starkregen abschwemm-bare Baustoffe gelagert werden, wenn ein Starkregenereignis zu befürchten ist.

Erdaushub, der nach Ausführung der Maßnahme nicht wieder eingebaut werden kann, ist abzufahren und ordnungsgemäß zu entsorgen.

9. Bei Beschädigung des Gewässerprofils sowie der Ufer und Böschungen, sofern diese von der geplanten eigentlichen Maßnahme nicht betroffen sind, ist die Genehmigungsbehörde Kreis Lippe, Herr Benning (Tel. 05231 / 62-6710, [j.benning@kreis-lippe.de](mailto:j.benning@kreis-lippe.de)) und Herr Uhle (Tel. 05231 / 62-6741, [w.uhle@kreis-lippe.de](mailto:w.uhle@kreis-lippe.de)) sowie die zuständige Stadt Lemgo, Herr Pung (Gewässerunterhaltung > Tel. 05261 / 213-118, [j.pung@lemgo.de](mailto:j.pung@lemgo.de)) zu informieren.

10. Nach Durchführung der Arbeiten muss der Bereich der Baustelle wieder ordnungsgemäß hergerichtet werden.

Der Ufer- und Böschungsbereich ist mindestens wie vorgefunden wieder herzustellen, sofern er von Baumaßnahmen berührt wird.

11. Durch eventuelle Gewässerveränderungen bedingte Beschädigungen an der v. g. neuen Brücke dürfen nicht zu Lasten des Gewässerunterhaltungspflichtigen, hier die Stadt Lemgo, gehen.



12. Bei einer eventuellen Verlegung der Gewässer (z. B. Laufverlegung, Ausbau, etc.) ist durch den Genehmigungsinhaber bzw. Betreiber der unmittelbare Bereich der neuen Brücke, soweit erforderlich, entsprechend anzupassen.
13. Die Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von 18 Monaten mit der Bauausführung begonnen wird. Auf begründeten Antrag kann diese Frist verlängert werden.



#### IV. Hinweise

1. Gemäß § 24 Abs. 2 LWG kann die zuständige Behörde die Zulassung widerrufen, wenn die Anlage die Vorgaben des § 36 Abs. 1 WHG nicht einhält, d. h. wenn die Anlage nicht so errichtet, betrieben, unterhalten oder stillgelegt wird, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist.

2. Alle Schäden und Nachteile, die durch diese Anlage im und am Gewässer oder Ufer entstehen, gehen zu Lasten des

**Stadt Lemgo, Heustr. 36-38, 32657 Lemgo**

und dessen Rechtsnachfolgern.

Auf die Unterhaltungs- und Anpassungspflichten der §§ 23 und 24 LWG wird hingewiesen.

3. Diese Genehmigung ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter.
4. **Die Verpflichtung zum Einholen von Gestattungen, Genehmigungen, Erlaubnissen, Zustimmungen oder zum Erstellen von Anzeigen nach anderen Rechtsvorschriften wird durch diese Genehmigung nicht berührt. Dies betrifft insbesondere ggf. erforderliche Baugenehmigungen, verkehrsrechtliche Anordnungen und naturschutzrechtliche Genehmigungen, Befreiungen etc.**
5. **Die allgemeinen Vorsorgegrundsätze zum Grundwasserschutz (Lagerung wassergefährdender Stoffe, Einsatz von wassergefährdenden Stoffen, usw.) sind zu beachten.**
6. **Besondere Beachtung bedürfen auch die Nebenbestimmungen des Ihnen bereits mit Datum vom 02.04.2026 zugegangenen Befreiungsbescheids des Kreis Lippe, Abteilung 7, FG 670 hinsichtlich der Verbote des Landschaftsplanes Nr. 7 „Lemgo“, im Naturschutzgebiet 2.1-3 „Mittellauf der Bega-Wasserflächen einschließlich Fischeiche“**
7. Änderungen, die eine wesentliche Abweichung von den geprüften Antragsunterlagen darstellen, bedürfen einer neuen Genehmigung.
8. **Baurechtliche und Verkehrsrechtliche Fragestellungen wurden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zuständigkeitshalber nicht abgeprüft.**



**VI. Belehrung über den Rechtsbehelf:**

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erheben.

**Hinweise:**

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de)

Soweit Klage gegen die festgesetzte Verwaltungsgebühr erhoben wird, hat diese gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 1 VwGO keine aufschiebende Wirkung und entbindet daher nicht von der fristgerechten Zahlung der Gebühr. Das Verwaltungsgericht in Minden kann auf Antrag die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen.

Mit freundlichem Gruß  
Im Auftrag

gez. Uhle

**Anlagen:**

- geprüfte Antragsunterlagen mit Eingangsdatum vom 09.02.2026

Durchschrift erhält per Mail zur Kenntnis:

- Kreis Lippe, FG 320 - Fischereibehörde -, Herr Rom
- Kreis Lippe, FG 670 - Landschaft, Naturhaushalt -, Frau Hugenberg
- Kreis Lippe, FG 701 - Wasserwirtschaft -, Frau Siegroth u. Herr Benning
- Stadt Lemgo, Herr Pung
- Landesverband Lippe, Herr Gröger
- Stadtwerke Lemgo GmbH, Herr Hagemann u. Herr Klein
- Ingenieurgesellschaft Schultz mbH, Herr Schefer

Durchschrift erhält nach Rechtskraft:

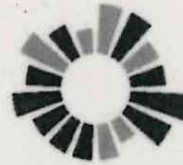
- Stadt Lemgo, Herr Pung

Fundstellen der Gesetze und Verordnungen:

WHG Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in der zur Zeit gültigen Fassung

LWG Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz) i. d. Fassung vom 16.07.2016 (GV. NRW S. 559) in der zur Zeit gültigen Fassung





KREIS  
**LIPPE**

Heimat geben. Zukunft bieten.

Kreis Lippe, Der Landrat, 32754 Detmold

Kreis Lippe - Der Landrat  
670 FG Landschaft und Natur-  
haushalt

I. Hugenberg

Felix-Fechenbach-Straße 5  
32756 Detmold

Alte Hansestadt Lemgo

Herr Rath

Heustr. 36-38

32657 Lemgo

Wasserbehördlich geprüft  
Detmold, den **04. Mai 2026**

KREIS LIPPE

Der Landrat

FG 701 Wasser- u. Abfallwirtschaft  
Im Auftrag:

Ihr Antrag vom  
06.02.2026

Mein Zeichen  
67.1-06.05.01.11.5-Linnebach

Datum  
02.04.2026

Antrag auf Genehmigung gem. §§ 36 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und §§ 22  
LWG für den Ersatzbau einer Brücke über das Gewässer "Linnebach" im Be-  
reich Flur 2, Flurstück 89, Gemarkung Hörstmar in Lemgo

I.  
**Befreiungsbescheid**

Hinweis: Die Fundstellen der Rechtsvorschriften sind am Ende des Bescheides  
genannt

Sehr geehrter Herr Rath,

hiermit erteile ich Ihnen für das obige Vorhaben die naturschutzrechtliche Be-  
freiung von dem Verbot des Landschaftsplanes Nr. 7 „Lemgo, im Naturschutzge-  
biet 2.1-3 Mittellauf der Bega Wasserflächen einschließlich Fischteiche herzu-  
stellen oder die Gestalt bestehender Wasserflächen einschließlich ihrer Ufer  
oder ihren Wasserchemismus zu verändern, den Grundwasserstand zu ändern so-  
wie andere den Wasserhaushalt des Gebietes verändernde Maßnahmen vorzu-  
nehmen (Gliederungs-Nr.: 2.1-1 bis 2.1-6 III 20).

II.  
**Nebenbestimmungen:**

Die Befreiung ergeht unter der Festsetzung folgender Nebenbestimmungen:

1. Vorhandene Fledermausbestände sind sofort bei der Unteren Naturschutz-  
behörde Stipp, Tel. 05231 - 62 6490 anzuzeigen.
2. Des Weiteren sind an der neuen Brücke als Lebensraum für Fledermäuse  
und Wasserramsel 1 St. Fledermaussteine und 1 St. Wasserramselkasten  
fachgerecht anzubringen

Zimmer: 648  
Telefon: 05231 62-6480  
Fax: 05231 63011-2963  
Mobil: 0151 17621991

I.Hugenberg@kreis-lippe.de  
www.kreis-lippe.de

Besuchen Sie uns mit dem ÖPNV:

Busverbindung Linie 702  
Ab Bahnhof Detmold bis Kreishaus  
alle 15 Minuten

Bus & Bahn Hotline:  
05261/6673950

Rufen Sie uns an:  
05231/62-0

Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter

BIC: WELADE33XXX  
IBAN: DE23 4765 0130 0000 0000 18

Sparkasse Lemgo

BIC: WELADED1LEM  
IBAN: DE20 4825 0110 0000 0010 73

VerbundVolksbank OWL eG

BIC: DGPBDE33MDTM  
IBAN: DE59 4726 0121 1066 8880 00



3. Sollte im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben eine Beleuchtung auf dem Baugelände installiert werden, ist wegen des Artenschutzes der Beleuchtungskegel der Lampe nach unten und in einem maximalen Radius von 120 ° auszurichten.
4. Die Untere Naturschutzbehörde behält sich während der Bauarbeiten die Erteilung von zusätzlichen landschaftspflegerischen Auflagen vor, sofern sich hierzu die Notwendigkeit ergibt und die Durchführung dieser Maßnahmen sich in zumutbarem Rahmen bewegen.
5. Das Abstellen von Maschinen und Fahrzeugen sowie das Lagern von Materialien und Baustoffen ist nur auf befestigten Flächen zulässig.
6. Gewässertrübungen minimieren, d. h. Nassbaggerungen auf das absolut notwendige Ausmaß beschränken.
7. Baumaschinen und Geräte nicht im Abflussquerschnitt von Gewässern abstellen.
8. Es dürfen keine wassergefährdenden Stoffe in Oberflächengewässer oder das Grundwasser gelangen. Maschinen daher auf Dichtigkeit der Hydraulik- und Kraftstoffleitung überprüfen. Baugeräte, Maschinen und Baufahrzeuge nicht im Gewässer und im Uferbereich betanken, warten oder reinigen.
9. Bei Betonierungsarbeiten darf keinesfalls Zementmilch ins Wasser gelangen.
10. Fischerei Genossenschaften und der Fischerei Pächter sind vor Baubeginn zu informieren.
11. Dieser Bescheid ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass er erst Wirksamkeit erlangt mit der Erteilung der beantragten wasserrechtlichen Erlaubnis für das obige Vorhaben. Das bedeutet, dass die mit diesem Bescheid erteilte naturschutzrechtliche Befreiung erst dann gilt, wenn die wasserrechtliche Erlaubnis für Ihr Vorhaben entsprechend den vorgelegten und diesem Bescheid zugrunde liegenden Antragsunterlagen erteilt worden ist (§ 36 Abs. 2 Nr. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW - VwVfG).
12. Dieser Bescheid gilt auch für und gegen den/die Rechtsnachfolger/in.

Wasserbehörden geprüft  
04. Mär 2026

Defmold, den  
KREIS LIPPE  
Der Landrat  
FG 701 Wasser- u. Abfallwirtschaft  
Im Auftrag:

### III.

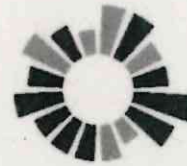
#### Begründung:

Mit Antrag vom 06.02.2026 haben Sie bei der zuständigen Wasserbehörde die Erteilung einer Genehmigung für das o.g. Vorhaben beantragt. Da das Grundstück in einem durch den Landschaftsplan Nr. 7 „Lemgo“ festgesetzten Naturschutzgebiet liegt, ist neben der wasserrechtlichen Erlaubnis auch eine naturschutzrechtliche Befreiung erforderlich, denn in Landschaftsschutzgebieten sind unter besonderer Beachtung des § 5 Abs. 1 BNatSchG und nach Maßgabe näherer Bestimmungen im Landschaftsplan (s.o.) alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen (§ 26 Abs. 2 BNatSchG).

Allerdings kann ich in berechtigten Einzelfällen eine Befreiung von diesen Verboten erteilen, wenn die Durchführung der Vorschrift zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist (§ 67 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG). Die Befreiung kann nach § 67 Abs. 3 BNatSchG mit Nebenbestimmungen versehen werden. Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Befreiung liegen vor. Bei Berücksichtigung der aufgegebenen Nebenbestimmungen, die in erster Linie der Umsetzung der sog. Eingriffsregelung nach §§ 13 ff BNatSchG dienen, können die negativen Auswirkungen auf die Schutzziele des LSG durch die vorliegende Planung so weit reduziert werden, dass ich dem Vorhaben nach Abwägung Ihrer Interessen mit denen des Natur- und Landschaftsschutzes zustimmen kann.

**Artenschutz:** Die artenschutzrechtlichen Vorschriften unter § 44 BNatSchG dienen dem Schutz und der Erhaltung von besonders und streng geschützten Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensstätten und sind daher bei den geplanten Vorhaben besonders zu beachten und anzuwenden.





KREIS  
LIPPE

Heimat geben. Zukunft bieten.

Die aufschiebende Bedingung war aufzunehmen, weil diese Befreiung ausschließlich die Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf Natur und Landschaft betrachtet. Im Verfahren zur Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis sind jedoch noch weitere Belange zu prüfen. Auch wäre ohne die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis die naturschutzrechtliche Befreiung sinnlos. Ein Anspruch auf Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis kann aus diesem Befreiungsbescheid nicht abgeleitet werden.

V.

Hinweise:

Die Befreiung ergeht unbeschadet der privaten Rechte Dritter.

VI.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden in 32423 Minden, Königswall 8, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts ([poststelle@vg-minden.nrw.de](mailto:poststelle@vg-minden.nrw.de)) erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Abs. 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. S. 3803).

Hinweis:

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de)

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Hugenberg

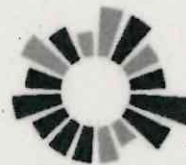
Wasserbehördlich geprüft  
Detmold, den... 04. Mai 2026...

KREIS LIPPE

Der Landrat

FG 701 Wasser- u. Abfallwirtschaft  
Im Auftrag:





KREIS  
**LIPPE**

Heimat geben. Zukunft bieten.

Fundstellen der genannten Rechtsvorschriften:

- |                                      |   |
|--------------------------------------|---|
| <b>BNatSchG</b>                      | - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542)  |
| <b>LNatSchG NRW</b>                  | - Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz) vom 21.07.2000 (GV. NRW. S. 568)   |
| <b>VwVfG</b>                         | - Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12.11.1999 (GV. NRW. S. 602)   |
| <b>Landschaftsplan Nr. 7 „Lemdo“</b> | - Satzung des Kreises Lippe, bekanntgemacht am 11.05.2009 im Kreisblatt, Amtsblatt des Kreises Lippe und seiner Städte und Gemeinden (KrBl. Lippe Nr. 25, S.286 ff) |

jeweils in der z. Zt. geltenden Fassung.

Wasserbehördlich geprüft

Detmold, den 04. Mai 2026

KREIS LIPPE

Der Landrat

FG 701 Wasser- u. Abfallwirtschaft

Im Auftrag:

